

Im Rahmen der Basler Herbstmesse und des Weihnachtsmarktes 2024 wurde den Standbetreibern eine Reihe neuer Vorschriften zur Abfallentsorgung und zum Mehrweggebot auferlegt, insbesondere Vorgaben, welche die Einführung eines PET-Pfandsystems auf spezifischen Plätzen vorsieht (Messeplatz und Rosental). Diese Massnahmen werfen jedoch zahlreiche Fragen und Bedenken auf, die vor allem die Standbetreiber stark betreffen.

Die Regierung wird gebeten, folgende Punkte kritisch zu hinterfragen und klarzustellen:

- 1. Pilotprojekt und mangelnde Unterstützung**
Die Einführung eines PET-Pfandsystems während der Herbstmesse 2024 erscheint unkoordiniert und nicht ausreichend finanziell unterstützt. Es ist unklar, warum der Versuch, ein PET-Recycling-Versuch von den Standbetreibern finanziert werden soll, obwohl es jahrelang hiess, PET werde nicht mit Pfand belegt. Die finanzielle Last der Einführung eines solchen Systems sollte nicht allein auf den Schultern der Aussteller lasten.
Die Schweiz verfügt bereits über eines der effizientesten PET-Recycling-Systeme weltweit. Mit einer Rücklaufquote von über 80 % bei PET-Getränkeflaschen wird die gesetzliche Mindestquote von 75 % deutlich übertroffen.
- 2. Feste Einführung beim Weihnachtsmarkt ohne Evaluation des Pilotprojekts**
Es erscheint unverständlich, warum die Pfandpflicht für PET-Flaschen auf dem Weihnachtsmarkt bereits beschlossen wurde, obwohl es noch keine Evaluation des Pilotprojektes an der Messe gegeben hat. Dies steht im Widerspruch zu einer fundierten politischen Entscheidungsfindung.
- 3. Wettbewerbsverzerrung zugunsten grosser Einzelhändler**
Die Regelungen betreffen nur die Standbetreiber, während Einzelhändler wie Coop, Migros oder Kioske von den Vorgaben ausgenommen sind. Dies führt zu einer klaren Wettbewerbsverzerrung. Wie gedenkt die Regierung, dieses Ungleichgewicht zu beheben, zumal der Abfall dieser Einzelhändler oftmals bei den Standbetreibern landet?
- 4. Negative wirtschaftliche Auswirkungen und zusätzlicher Verwaltungsaufwand**
Die Einführung eines bargeldlosen Pfandsystems durch Zahlungen via Twint oder Kreditkarte bringt erhebliche Zusatzkosten für die Standbetreiber mit sich. Transaktionsgebühren und der administrative Aufwand führen zu Mindereinnahmen. Ausserdem entstehen zusätzlich Handling- und Logistikgebühren des Mehrweggeschirr-Anbieters zu Lasten der Standbetreiber, obwohl in den Standgebühren bereits Entsorgungsabgaben inkludiert sind. Gerade in einem Pilotprojekt wäre die Übernahme dieser Kosten durch das Pilotprojektbudget abzudecken. Diese wirtschaftlichen Belastungen treffen die Standbetreiber zusätzlich zu den ohnehin bestehenden Herausforderungen durch gestiegene Preise und höhere Betriebskosten.
- 5. Logistische Herausforderungen der Münzbeschaffung**
Die Einführung eines Pfandsystems, bei dem große Mengen an 2-Franken-Münzen benötigt werden, stellt Standbetreiber vor logistische Schwierigkeiten. Banken und die Post geraten durch die hohe Nachfrage an ihre Kapazitätsgrenzen. Es ist schwierig, genügend Münzen rechtzeitig zu erhalten.
- 6. Unverhältnismäßige Belastung der Standbetreiber**
Die zusätzliche Verwaltung und Logistik durch die Einführung der neuen Abfallvorgaben führen zu erheblichen Mehrkosten und zusätzlichem Aufwand für die Standbetreiber. Es ist absehbar, dass dies zu Umsatzverlusten führt, da viele Gäste zu günstigeren Alternativen greifen könnten, bei denen kein Pfand erhoben wird, z.B. beim gegenüberliegenden Kiosk oder bei den Messebetreibern in der Isteinerstrasse.

Die Einführung eines Pfandsystems auf der Herbstmesse und dem Weihnachtsmarkt bringt daher keinen signifikanten ökologischen Mehrwert, sondern belastet nur die Standbetreiber zusätzlich.

Es besteht die dringende Notwendigkeit, die wirtschaftlichen und logistischen Auswirkungen dieser PET-Recycling-Massnahmen auf die Standbetreiber zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen, bevor weitere Schritte unternommen werden.

Die Regierung wird aufgefordert, diese Punkte zu prüfen und die Entscheidung für die Einführung des Pfandsystems zu überdenken, bis eine umfassende Evaluation des Pilotprojekts vorliegt und Lösungen für die erwähnten Problempunkte gefunden wurden.

Die Regierung wird gebeten, zu folgende Fragen Stellung zu beziehen:

1. Wie rechtfertigt die Regierung die finanzielle Belastung der Standbetreiber durch die Einführung eines Pfandsystems für PET-Flaschen, obwohl zuvor versprochen wurde, dass PET nicht bepfandet wird?
2. Wie bewertet die Regierung den zusätzlichen Aufwand für die Standbetreiber angesichts der bereits hohen PET-Recyclingquote in der Schweiz, die mit über 80 % deutlich über dem gesetzlichen Minimum liegt?
3. Warum wurde die Pfandpflicht für den Weihnachtsmarkt bereits festgelegt, bevor das Pilotprojekt auf der Herbstmesse 2024 evaluiert wurde?
4. Wie plant die Regierung, die ungleiche Behandlung zwischen Standbetreibern und großen Einzelhändlern (Coop, Migros) zu beheben, die von den Vorgaben ausgenommen sind?
5. Was unternimmt die Regierung, um den zusätzlichen Verwaltungsaufwand und die wirtschaftlichen

Belastungen durch bargeldlose Zahlungen (Twint, Kreditkarte) zu minimieren?

6. Welche Maßnahmen sind geplant, um die logistischen Probleme bei der Beschaffung von Münzen für das Pfandsystem zu bewältigen?
7. Wie wird die Regierung das Pilotprojekt evaluieren? Gibt es Kundenumfragen, Evaluation Reklamantionen, eine Messung der zurückgegebenen PET-Flaschen etc.?
8. Ist die Regierung bereit, das Pfandsystem für PET für den Weihnachtsmarkt und die Herbstmesse 2024 zu sistieren?

Beat Braun